Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 162
17. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Lage in Deutschland. Von Bartz 1379

Deutschland

Die französischen Proletarier kampfbereit zur Unterstützung des deutschen Proletariats 1380
Die deutsche Krise und die britische Arbeiterklasse. Von Murphy 1380
Hände weg von den deutschen Arbeitern! 1381

Politik.

Die Fiumer Frage und der italienische Imperialismus. Von Cicinsky 1381

Wirtschaft.

Die Ruhrfrage und die Aussichten der europäischen Stahlindustrie. Von Newbold 1382

Arbeiterbewegung.

Der abgewürgte Streik der Bergarbeiter in Slowenien. Von Anin 1383
Unterstützt die japanischen Gewerkschaften! 1383

Jugendbewegung.

Lenin und die Jugend. Von Kamenjew 1383

Aus der Roten Sport-Internationale.

An alle KP.- und KJ.-Genossen in den Arbeiter-Turn-, Sport- und Kulturorganisationen 1384

Weißer Schrecken.

Die Hölle in Mazedonien. Von K. N. 1384

Aufrufe.

An die werktätigen Massen der ganzen Welt! . . . 1385

Buchbesprechung

„Das heutige Rußland 1917—1922." Von Alexander . 1386

Die Lage in Deutschland.

Von Wilhelm Bartz.

Berlin, 17. Oktober 1923.

** Seit dem 15. Oktober werden aus fast allen Gegenden Deutschlands Hungerrevolten gemeldet. Mit diesem Tage ist der letzte spärliche Rest der öffentlichen Brotbewirtschaftung beseitigt worden, d. h. von jetzt ab müssen auch die Minderbemittelten, Kinderreichen und Rentenempfänger, die ihr Brot bisher auf Brotkarten zu einem bedeutend verbilligten Preise beziehen konnten, das teurere „Einheitsbrot" kaufen. Was das für diese Aermsten der Armen bedeutet, kann man am besten aus dem Preisverhältnis des Marken- und des markenfreien Brotes entnehmen; das Markenbrot kostete zuletzt „nur" 34 Millionen Mark, während der Preis des markenfreien Brotes auf nicht weniger als 480 Millionen Mark festgesetzt ist! Bis heute. Morgen, übermorgen schon wird weit über eine halbe Milliarde gezahlt werden müssen. Ein flüchtiger Blick auf die Preisliste der übrigen Nahrungsmittel zeigt uns, daß die oben genannten Bevölkerungsschichten, denen sich noch ein mehrere Millionen starkes Heer von Kurzarbeitern anschließt, unmöglich existieren können. Fleisch mittlerer Qualität kostete das Pfund etwa 700 Millionen Mark, Margarine 600 bis 800 Millionen Mark, Schmalz 880 bis 920 Millionen Mark, und selbst für Kartoffeln müssen 32 Millionen Mark für das Pfund gezahlt werden. Und das alles bei einer wöchentlichen Unterstützung der Erwerbslosen, die vielleicht gerade die Kosten eines Brotes und eines Pfundes Margarine deckt!

Was nutzt es angesichts dieser Tatsachen, daß Aufrufe zur Besonnenheit erlassen werden, in denen die Notleidenden eine Verhöhnung ihres Elends erblicken müssen? Was nützt es auch, daß die Regierung Maßnahmen in Aussicht stellt, die morgen, übermorgen vielleicht eine geringfügige Besserung bringen könnten? Suppenküchen sollen aufgemacht, Mittel sollen zur Verfügung gestellt werden, die die Abgabe verbilligter Lebensmittel ermöglichen. Das alles aber hat kaum eine Bedeutung, es wird, wenn überhaupt, so erst in Tagen wirken. Das Heute aber erfordert eine Lösung. Dieses Heute ist es auch, das die Massen auf die Straßen treibt, das auf der anderen Seite die Regierung zu den brutalsten Maßnahmen gegenüber den Demonstranten greifen läßt. Schon die ersten Tage der Hungerrevolten haben sowohl in Berlin Verwundete wie in anderen Orten des Reiches sogar auch Tote gebracht. Daß auch hierbei wiederum die bürgerliche Presse von den „kommunistisch verhetzten" Massen spricht, versteht sich von selbst. Sie, deren Regierungsmänner unfähig sind, die Dinge zu meistern, müssen doch schließlich eine Kulisse haben, hinter der sie, wenigstens dem deutschen Spießer gegenüber, ihre Unfähigkeit verbergen können. Der Hinweis aber auf die „kommunistische Mache" hat noch einen tieferen politischen Sinn.

Im ganzen Lande wächst der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Massen, überall vertrauen sich die Arbeiter ihrer Führung an. Nach Sachsen hat nun auch Thüringen seine Arbeiterregierung. Der mitteldeutsche proletarische Abwehrblock beginnt sich zu schließen. Deshalb der Versuch, an den aus den bitterernsten Verhältnissen heraus entstehenden Lebensmittelunruhen eine neuerliche Kommunistenhetze zu entfachen. Diesmal sind die Arbeiter gegen derartige durchsichtige Manöver gefeit. Im Gegenteil: je stärker der Versuch, die Kommunisten zu mißkreditieren, desto größer und nachhaltiger das Drängen der Arbeiterschaft zur einheitlichen Kampffront.

Selbst der „Vorwärts", das Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, kann sich dem Verlangen des Proletariats nach der Herstellung der Einheitsfront nicht mehr entziehen. Brachte er schon in seiner Montagausgabe einen verhältnismäßig scharfen Artikel unter dem Titel „Der Belagerungszustand unhaltbar", in dem er auf die völlig einseitige Anwendung des Ausnahmezustandes gegen die Arbeiterschaft verwies, so gibt ihm eine skandalös-tendenziöse Mitteilung des offiziellen Wolffschen Telegraphenbüros heute Veranlassung, zur Frage des Ausnahmezustandes erneut Stellung zu nehmen.

Das offiziöse Telegraphenbüro gab die folgende Meldung an die Presse:

„In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Sachsen Berichte in die Oeffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen haben. Von den zuständigen Stellen wird die Entwicklung dieser Verhältnisse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Reichsregierung wird unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß die Durchführung verfassungs- und gesetzmäßiger Zustände gewährleistet wird."

Klarer als durch diese Mitteilung konnte die Regierung ihre Absichten wirklich nicht enthüllen. Das macht, wie gesagt, auch den „Vorwärts" stutzig, der mit einiger Entrüstung ausruft: „Also nicht in Bayern, sondern in Sachsen!" Allerdings.

Die Regierung denkt noch immer nicht daran, gegen die Renitenten Bayern, derentwegen der Reichsausnahmezustand angeblich verhängt worden ist, auch nur mit den zaghaftesten Mitteln vorzugehen. Wohl aber versucht sie, die schärfsten Maßnahmen gegen das Sachsen der ersten sozialistisch-kommunistischen Regierung in Anwendung zu bringen: Verbot der Hundertschaften, Verbot des Betriebsrätekongresses, Verbot fast sämtlicher kommunistischen Zeitungen usw. Wenn nun aber der „Vorwärts“ glaubt, an das Rechtsempfinden der bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung appellieren zu müssen, um die Regierung zu veranlassen, wenigstens den Schein des gleichen Rechts zu wahren, so wird er sich durch den Gang der Verhältnisse auch noch dahin durchringen müssen, daß sein Glaube an bürgerliches Rechtsempfinden, an bürgerliche Objektivität ein Köhlerglaube ist. Nicht von den bürgerlichen Regierungsmitgliedern, auch nicht von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung kann der Arbeiterschaft Rettung kommen. Die Arbeiterschaft ist völlig auf sich selbst gestellt. Sie hat die Situation erkannt, sie schließt sich zusammen zur einheitlichen Kampffront!

Hinter dem Vorstoß des „Vorwärts“ stehen offenbar einflußreiche Mitglieder der VSPD., die nunmehr mit der Nase darauf gestoßen sind, daß eine Reichsexekutive gegen Sachsen auch ihnen selbst Kopf und Kragen kosten würde. Die Vernichtung der Machtstellung der mitteldeutschen Arbeiterschaft würde die offene Rechts-Diktatur der Schwerindustrie und der Agrarier bedeuten, deren Ausführungsorgane nicht mehr Geßler und Seeckt, sondern Ludendorff, Lossow, Müller, Roßbach, Hitler usw. sein würden. Es gäbe dann kein Pardon für die „Novemberverbrecher“. Diese Gefahr wird jedoch mit einem Appell an Stresemann nicht abgewehrt. Das werden in erster Linie die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen, und es ist wahrlich nur eine Frage von Tagen, daß die Einheitsfront der Arbeiter auch in Norddeutschland geschlossen sein wird.

Zuspitzung der Wirtschaftslage, Unfähigkeit der Regierenden, irgendwelche Abhilfe zu schaffen, Verschärfung der Militärdiktatur in Mitteldeutschland, steigende Erbitterung und erhöhter Zusammenschluß der Arbeiter zu einer geschlossenen Kampffront — das ist die Signatur der Lage in Deutschland.

Deutschland

Die französischen Proletarier kampfbereit zur Unterstützung des deutschen Proletariats!

** Am 14. Oktober trat der Nationalrat (Zentralausschuß) der Kommunistischen Partei Frankreichs in Paris zusammen. Die Tagung beschäftigte sich in geheimer Sitzung sofort mit der Lage in Deutschland und mit den Aufgaben des Proletariats angesichts einer deutschen Revolution. Nach Abschluß der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Nach Anhören der Berichte der Genossen Cachin, Treint und Sellier über die Situation billigt der Nationalrat die Taktik und die Vorschläge für die Organisation und Aktion, wie sie auf der letzten internationalen Konferenz beschlossen wurden, und beauftragt die Parteileitung, alle Maßregeln zu treffen, die zur Ausführung dieser Beschlüsse erforderlich sind.“

Unsere französische Bruderpartei steht also bereit. Genosse Cachin bemerkt in der „Humanité“ zu dieser Geheimsitzung des Nationalrats: „Die Sitzung, in der die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland besprochen wurden, trug einen solchen Charakter des Ernstes und der Feierlichkeit, daß die Ergriffenheit aller Anwesenden offenkundig war. Jeder war sich des äußersten Ernstes des historischen Augenblicks, den wir durchleben, und der Verantwortung eines jeden gegenüber den kommenden Dingen bewußt. Da gab es keine rednerischen Kunststücke, mit denen man gegnerische Richtungen niederzuringen sucht, sondern da waren Genossen, die bereit sind, in voller Einmütigkeit die Aktion von morgen vorzubereiten. Es waren Männer, die entschlossen sind, ihre Pflicht zu tun, wenn die Stunde dafür gekommen ist!“

*

Die Sammlung der französischen Arbeiterschaft für die beiden vom französischen Kriegsgericht verurteilten Kommunisten des Ruhrgebietes ist abgeschlossen. Wie erinnerlich, hatte das Kriegsgericht des Herrn Degoutte die beiden Genossen dazu verurteilt, je 1000 Goldmark Strafe zu zahlen, widrigenfalls jeder von ihnen 3½ Jahre Gefängnis erhalten würde. Die „Humanité“ hatte darauf die französische Arbeiterschaft aufgefordert, durch eine Sammlung die 2000 Goldmark aufzubringen. In wenigen Tagen wurden die 7500 Franken gezeichnet, die den 2000 Goldmark entsprechen. Eine erfreuliche Tatsache und ein Beweis für die aktive Solidarität der französischen Arbeiter mit dem Ruhrproletariat!

Die deutsche Krise und die britische Arbeiterklasse.

Von J. T. Murphy (London).

** „Nur ein Wunder könnte Deutschland vor einer neuen Revolution bewahren“, sagte Edo Fimmen in seiner bemerkenswerten Ansprache an den Gewerkschaftskongreß in Plymouth. „Wenn meine Regierung fällt, werde ich der letzte bürgerliche Reichskanzler sein. Wenn es dazu kommt, dann wird nicht nur Deutschland, sondern auch ein großer Teil von Europa bolschewistisch,“ erklärte der deutsche Reichskanzler Stresemann.

Als die deutsche Revolution 1918 den Kaiser entthronte, waren es die deutschen Sozialdemokraten, die an der Spitze der Volksbewegung standen. Sie nahmen aber sofort die Verantwortung für die Rettung des Kapitalismus auf sich. Als die „Ordnung“ wieder hergestellt war, da begannen die kapitalistischen Parteien die Sozialdemokraten aus den Machtpositionen hinauszumanövrieren. Erst als die Verhältnisse sich immer mehr zuspitzten, kehrten die Sozialdemokraten 1923 zur Regierung zurück. Sie begaben sich in die Reihen der Großen Koalition aller Parteien, die den Kapitalismus retten wollen. Aber 1923 ist nicht mehr 1918. Im Jahre 1918 gab es in Deutschland keine Kommunistische Partei. Liebknecht und Rosa Luxemburg, die, wie man weiß, von den Sozialdemokraten ermordet wurden, standen allein. Im Jahre 1923 haben wir eine Kommunistische Partei mit Hunderttausenden von Mitgliedern, die Millionen von Arbeitern beeinflussen. In den fünf vergangenen Jahren ist das Ansehen und die Macht der Sozialdemokratie immer weiter zurückgegangen. Diese fünf Jahre bieten ein klassisches Beispiel dafür, wie die Kapitalisten versuchten, mit Hilfe der Sozialdemokraten die Revolution zu verhindern. Vom Augenblick des Waffenstillstandes an war es klar, daß die Folgen des Krieges nur abgewendet werden konnten, wenn der Staat ein Höchstmaß von Sachwerten in seine Hand bekam. Aber das bedeutet Angriff auf das Privateigentum. Im Jahre 1923 ist es für jeden einzelnen klar, daß Reparation und Wiederaufbau nur dadurch möglich sind, wenn der Staat die Sachwerte der Kapitalisten in allen Ländern konfisziert. Aber die Große Koalition in Deutschland schreckt vor solchen Maßregeln zurück. Ganz im Stil der Englischen Arbeiterpartei führt die Große Koalition neue Steuern ein, denen sich die Kapitalisten bequem entziehen.

Die Führer der englischen Arbeiterschaft haben sich in den letzten fünf Jahren nicht besser bewährt als die deutsche Sozialdemokratie. Beide gingen in den Krieg mit denselben Gedanken der nationalen Verteidigung hinein. Beide kamen in dem Willen aus dem Krieg heraus, die Arbeit zur Erhaltung des Kapitalismus fortzusetzen. Die britische Arbeiterschaft vertritt noch heute das Programm Wilsons, das Wilson selbst schon lange aufgegeben hat. Die englischen Arbeiterführer hatten sich verpflichtet, im Falle das Ruhrgebiet besetzt wird, zu streiken. Aber tatsächlich haben sie keinen Finger gerührt. Niemals haben sie sich bemüht, die Arbeiterschaft zur Unterstützung der europäischen Revolution zu mobilisieren, sondern sie haben immer nur die imperialistische Diplomatie unterstützt. Der Kampf der britischen Arbeiterführer gegen die soziale Revolution reicht von Wilson bis zu Baldwin.

Der Führer der Opposition Seiner Majestät im britischen Parlament, Ramsey Macdonald, sagte am 20. Juli, nachdem er die Rede Baldwins über die Reparationskrise angehört hatte: „Ich dachte mir, als ich eben diese Sätze hörte, wie viel glücklicher unser Land wäre, wenn man diese Politik schon vor Monaten angenommen hätte!“ Später sagte er im Unterhaus: „Es ist ebenso wünschenswert, Deutschland vor der Herrschaft der Kommunisten, wie vor der Herrschaft der deutschen Faschisten zu bewahren.“ Am 31. August schrieb Brailsford im „New Leader“: „Wenn die demokratische Republik zusammenbricht, so kommt an ihre Stelle in Deutschland entweder die Monarchie oder die kommunistische Arbeiter- und Bauernregierung. Eine solche ist unwahrscheinlich, aber sie kann doch zustande kommen, als die letzte und tollste Erfindung der roten Strategie, als eine Art vorübergehendes Bündnis zwischen der Linken und Rechten.“ Wenn man einen solchen Unsinn liest, und dazu die Aeußerung des „Daily Herald“ nimmt: „Die Nation steht in diesem Augenblick hinter Baldwin“, so sieht man, wie fern die britischen Arbeiterführer von einer wirklichen proletarischen Klassenpolitik sind.

In Wirklichkeit steht es fest, daß man die Reparationslast auf die Schultern der Kapitalisten legen muß, die allein für den

Krieg verantwortlich waren. Die Anwendung dieses Grundsatzes in Deutschland ist aber nur möglich, wenn die Macht des Staates gegenüber den Kapitalisten gestärkt wird, so daß die Sachwerte konfisziert werden. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung kann derartige Maßregeln durchführen. Die entgegengesetzte Politik bedeutet Lohnabbau und stets wachsende Teuerung, so daß die Arbeiter, die Intellektuellen, die Bauern und die Mittelschichten in die größte Notlage geraten. Dadurch entstehen Streiks und politische Auflehnung der Massen gegen die Kapitalisten und die Regierung. Die Kommunisten haben keine andere Wahl, als solche Streiks und Revolten zu unterstützen.

Die deutschen Mittelschichten und Bauern, die sich gegen ihren wirtschaftlichen Niedergang wehren, sind das Rekrutierungsfeld für die Monarchisten, die sie daran erinnern, wie die Lebensbedingungen unter dem Kaiser waren. Die Kommunisten haben die Aufgabe, diesen Illusionen innerhalb der Mittelschichten entgegenzutreten; aber das bedeutet noch lange kein Bündnis mit den Rechten, wie Brailsford es töricht hinstellt, sondern vielmehr den Versuch, innerhalb der Massen die rechten Führer als die wirklichen Feinde des Volkes zu entlarven und die Massen dem Einfluß der Monarchisten zu entziehen — genau so, wie in England die Kommunistische Partei die Aufgabe hat, die Massen dem Einfluß der kleinbürgerlichen Führer der Arbeiterpartei zu entziehen.

Die Kommunistische Internationale liebäugelt weder mit den Rechten, noch läßt sie sich mit der kleinbürgerlichen Mitte ein, wenn sie den Massen Europas die Parole der Vereinigten Staaten Europas bietet. Die Vereinigten Staaten Europas, zusammengesetzt aus Arbeiter- und Bauernregierungen allein können das Elend beseitigen und den Wiederaufbau auf sozialistischer Basis ermöglichen. Wenn die britische Arbeiterpartei dem Schicksal der deutschen Sozialdemokratie entgehen will, dann muß sie sich von der Baldwin-Politik abwenden. Der Hunger und das Elend der deutschen Arbeiter, ebenso wie die Geister der in Flandern und Mesopotamien Gefallenen sollten es der britischen Arbeiterpartei nahelegen, ebenso wie die Kommunistische Partei den sofortigen Rückzug der britischen Truppen vom Rheinland zu fordern. Alle Kräfte der britischen Arbeiterschaft müssen sich vereinen, um der kommenden Revolution in Deutschland beizustehen und die Propaganda für die europäische Arbeiter- und Bauernregierungen zu führen. Aber werden die Führer der Arbeiterpartei diesen Weg gehen? Die Kommunistische Partei ist zum Handeln bereit!

Hände weg von den deutschen Arbeitern!

„Workers Weekly", das Organ der KP. Groß-Britanniens schreibt in seiner Nummer vom 12. Oktober:

** „Wo stehen die britischen Arbeiter? Billigen sie die Anwesenheit der britischen Truppen in Deutschland? Unterstützen sie die Pläne Curzons zur Niederschlagung der Arbeiterschaft? Gibt das Schweigen der offiziellen Führer der Arbeiterpartei die wirkliche Stimmung der Arbeiter wieder? Die Antwort auf diese Fragen kam in der letzten Woche von den Bergarbeiter-Organisationen in Südwales und Schottland, von den Metallarbeitern Coventrys und von der Arbeiterjugend in Manchester. So erklärten die Bergarbeiter in Maestig ihre Bereitschaft, sich an einer Massenaktion zu beteiligen, falls der internationale Kapitalismus versucht, die deutsche Arbeiter-Revolution niederzuschlagen. Die Bergarbeiter in Methil verlangen den Rückzug der britischen Truppen aus Deutschland. Die Bergarbeiter von Niddrie verlangen von der Arbeiterpartei und von den Gewerkschaften, daß sie eine Aktion einleiten, um den Rückzug der englischen Truppen vom Rhein zu erzwingen."

Im Leitartikel derselben Nummer der „Workers Weekly" heißt es:

„Die Zusammenarbeit der deutschen Bourgeoisie mit der französischen und englischen gegen die Arbeiter wird immer deutlicher. Stinnes besucht den „feindlichen" General Degoutte und hat mit ihm geheime Verhandlungen. Die französische Presse beginnt von einer Entente-Intervention in Deutschland zu reden. Lord Curzon teilt mit, daß die britischen Truppen in Köln bleiben werden. Die separatistischen Pläne im Rheinland und in Bayern werden von den Franzosen aufs eifrigste gefördert. Werden die deutschen Arbeiter imstande sein, trotz der Verräterei der Sozialdemokraten rechtzeitig ihre Einheitsfront zu bilden? Werden die französischen und englischen Arbeiter imstande sein, das Eingreifen ihrer Regierungen in Deutschland zu verhindern? Von der Beantwortung dieser beiden Fragen hängt das Schicksal der deutschen Revolution ab."

Politik

Die Fiumer Frage und der italienische Imperialismus.

Von Josip Cicinsky.

** Die seit dem Weltkriege offenstehende Frage über Fiume gewinnt in neuerer Zeit sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstabe eine immer größere Bedeutung. Die Krise, die mit dem italienischen Ultimatum in den Tagen vor dem 15. September einen gewissen Höhepunkt erreichte, ist zwar in ein etwas ruhigeres Stadium gelangt, kann jedoch noch lange nicht als gelöst betrachtet werden. Die Frage der Unabhängigkeit Fiumes und seines Verhältnisses zu Jugoslawien einerseits und zu Italien andererseits bleibt nach wie vor offen. Es steht unzweifelhaft fest, daß die Haltung Jugoslawiens in diesem Streit, vom „rechtlichen" Standpunkt aus betrachtet, gerechtfertigt ist, da die imperialistischen Absichten Italiens die eigentliche Ursache der Verschärfung des Streites darstellen.

Wenn wir die Gründe über die Haltung Italiens in dieser Frage betrachten, so müssen wir feststellen, daß hier zwei Hauptpunkte in Betracht kommen: erstens sehen wir die Bestrebungen Italiens, die Vorherrschaft auf dem Adriatischen Meer zu erringen, und zweitens fällt die außerordentlich günstige geographische und wirtschaftliche Lage Fiumes ins Auge. Schon vor dem Kriege wegen der Albanischen Frage (im Jahre 1912) kamen die Bestrebungen Italiens, die Vorherrschaft auf der Adria zu gewinnen, offen zum Ausdruck. Die gesamte auswärtige Politik Italiens war seit dieser Zeit bis heute von dem Gesichtspunkt dieser Bestrebungen aus geleitet. Die Expansionsbestrebungen Italiens auf dem Balkan bestimmten auch die ganze italienische Politik während des Weltkrieges. Ein großer Teil der vor dem Weltkriege österreichischen und heute jugoslawischen Küste des Adriatischen Meeres sowie eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Inseln war Italien durch die Entente versprochen worden. Die Aussichten, die Italien aus diesem Versprechen erwachsen waren, bestimmten die italienischen Machthaber auch, die Politik Italiens nicht in der Richtung eines Bündnisses mit den Zentralmächten zu lenken, sondern vielmehr an der Seite des Dreiverbandes in den Krieg gegen die Zentralmächte einzugreifen. Bereits damals kam nicht nur die Fiumer Frage, sondern die Frage der Ostküste der Adria überhaupt auf die Tagesordnung. Innerhalb der Entente aber trafen sich in dieser Frage zwei entgegengesetzte Richtungen: Italien sah in dem Kriege die Erfüllungsmöglichkeiten seines lang ersehnten Zieles „Mare nostro" und Serbien kämpfte um „die Befreiung seiner Brüder" von der österreichischen Herrschaft. Die Forderungen und Wünsche beider Staaten wurden durch die übrigen Ententestaaten gleichzeitig als gerechtfertigt betrachtet, und jeder einzelne Staat — Italien und Serbien — wurde in seinen Bestrebungen von den übrigen „Verbündeten" weidlich unterstützt. Aber die Verwirklichung der Bestrebungen Jugoslawiens schloß indessen die Möglichkeit der Erfüllung der italienischen Wünsche aus. Es waren jedoch „Verbündete", um die es sich hier in jedem Falle handelte, und so konnte dieser innere Widerspruch vorerst nicht zu einem stärkeren Ausdruck kommen.

Die italienischen Ausdehnungsbestrebungen auf Jugoslawien und überhaupt auf den ganzen Balkan sind auf ökonomische Ursachen zurückzuführen. Der italienische Kapitalismus — ökonomisch und politisch viel schwächer als seine Nachbarn: Frankreich, England usw. — kann mit diesen Ländern auf dem internationalen Markt nicht konkurrieren. Der Mangel an Kohle und an billigen Rohstoffen und die zu großen Teilen auf niedrigem Niveau stehende Produktionsform verteuert die italienische Ware bei gleichzeitig schlechterer Qualität gegenüber etwa der französischen Ware. Aus diesem Grunde muß Italien für seine Waren andere Absatzgebiete suchen. Solche Absatzgebiete sollen für Italien auf dem Balkan erschlossen werden. Auf dem Wege über den Balkan sollen sich später noch weitere Absatzmärkte nach dem Osten hin eröffnen. Die Balkanhalbinsel stellt für Italien ein neues Amerika dar. Italiens Ziel ist die ökonomische Eroberung des Balkans. Alle seine Bestrebungen bewegen sich in dieser Richtung. Italien bedient sich hierzu neben wirtschaftlicher auch politischer Mittel: es mischt sich in die Balkanangelegenheiten ein. Ein kurzer Blick beweist dies zur Genüge. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß der Juni-Putsch in Bulgarien von Italien nicht nur mit Befriedigung beobachtet, sondern auch direkt unterstützt wurde. Das Regime Stambuliskis war Italien nicht genehm. Die Tatsache, daß die Partei der Bauern in Bulgarien die Macht in der Hand hielt, bedeutete, daß die Losung „der Balkan den Balkanvölkern" ihrer Erfüllung näher gebracht wurde. Die gesamte Balkanpolitik Italiens bewegt sich aber in der Richtung der gegen-

seitigen Entzweiung der einzelnen Balkanstaaten bezw. der Vertiefung der schon bestehenden Gegensätze zueinander. Aus diesen Gründen unterstützt Italien albanische Banden, die von Zeit zu Zeit in Jugoslawien einfallen. Es liegt Italien daran, die Konsolidierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien zu behindern, wie Italien auch daran ein Interesse hat, in derselben Weise die albanisch-griechischen Beziehungen zu stören. Neben den politischen Mitteln, die Italien zur Eroberung des Balkans anwendet, kommen auch wirtschaftliche Mittel zur Anwendung. In Jugslawien gibt es gegenwärtig viele Banken und Unternehmungen mit italienischem Kapital. Das Vordringen des italienischen Kapitals auf dem Balkan hat sich am schärfsten auf die bosnische Wald- und Holzindustrie erstreckt. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß sich die Hälfte aller Sägewerke in Bosnien und der Herzegowina in den Händen italienischer Firmen befindet. Das gleiche trifft auch für die übrigen Gebiete des Balkans in mehr oder minder starkem Maße zu.

Neben den ökonomischen Gründen der italienischen Expansionsbestrebungen gibt es noch andere Ursachen, die für die Politik Italiens maßgebend sind. Eine dieser Ursachen ist die strategische Lage Italiens. Die italienische Küste ist eine der ungünstigsten Küsten in bezug sowohl auf eine starke Entwicklung des Handels als auch in bezug auf die militärische Abwehr. Im Gegensatz hierzu bietet die jugoslawische Küste mit ihren Buchten, Inseln und Halbinseln auch vom strategischen Standpunkt aus große Vorteile. Daher muß Italien, wenn es die Beherrscherin des Mittelmeeres sein will, die jugoslawische Küste beherrschen. Aus diesem Grunde will Italien Walona und die ganze albanische Küste auf dem Südende sowie den Küstenstrich von Pola am Nordende der Adria zu seiner Seebasis machen. Und nur aus diesem Grunde hat Italien kürzlich die Insel Korfu okkupiert.

Die imperialistische Politik Italiens ist Anfang September in besonders starkem Maße im italienisch-griechischen und italienisch-jugoslawischen Konflikt zum Ausdruck gekommen. Das Wesen des italienisch-jugoslawischen Streites besteht in der Frage Fiumes und seiner Abgrenzungen. Fiume — eine Hafenstadt mit 60 000 Einwohnern — übt auf Italien eine besondere Anziehungskraft aus, und zwar aus dem Grunde, weil es neben Triest der einzige Handelshafen an der östlichen Adriaküste ist, der eine gute Eisenbahnverbindung mit seinem Hinterlande hat. Die ganze Ausfuhr Jugoslawiens ist auf den Hafen Fiume angewiesen. Zwar verfügt Jugoslawien noch außerdem über einen Hafen — Grawcza — aber es führt nur eine schmalspurige Bahn zu diesem Hafen, die überdies nur den bosnischen Export aufnehmen kann. Unter diesen Umständen ist Fiume heute das nächstliegende Ziel der italienischen Eroberungspolitik. Fiume, wenn es sich ökonomisch und politisch in den Händen Italiens befindet, bedeutet für Italien den Schlüssel zum Balkan: hierin liegt das Wesen der Fiumer Frage.

Zu all diesen Gründen kommen allerdings noch einige weitere Ursachen hinzu, die aber an sich weniger ins Gewicht fallen. So z. B. das Verhältnis Fiumes zu Triest einerseits und zum Barosch-Hafen andererseits. Triest, das nach dem Kriege von seinem Hinterland politisch abgetrennt ist, hat sein besonderes lokales Interesse an der Lösung der Fiumer Frage. Wenn nämlich die Fiumer Frage nach dem Rapallo-Vertrag gelöst werden würde, das heißt, wenn Fiume unabhängig bliebe, dann wären die lokalen Interessen der Triester Kapitalisten geschädigt, weil der gesamte Transit über Fiume gehen würde. Würde jedoch Fiume italienisch bleiben, dann könnte ein anderer Ausweg gefunden werden. Aus diesem Grunde waren auch die Triester Faschisten die ersten, die gegen die Unabhängigkeit Fiumes Sturm liefen und die Regierung Zanellas im unabhängigen Staate Fiume im Jahre 1921 stürzten. Die faschistischen Aktionen gegen Fiume wurden am stärksten von Triest unterstützt, während die offiziellen faschistischen Kreise und selbst Mussolini diesen Aktionen nicht allzu günstig gesinnt waren.

Der Barosch-Hafen ist ein Teil des Fiumer Hafens, der nach dem Rapallo-Vertrag an Jugoslawien fällt. Aber gerade dieser Teil des seinerzeit noch von Sforza unterstrichenen Vertrages ist es, der dem heutigen Italien am schwersten im Magen liegt. Ein sich in den Händen Jugoslawiens befindendes Barosch bildet sowohl für ein „freies" als auch für ein italienisches Fiume eine große Gefahr. Würde der Barosch-Hafen erweitert und modern ausgebaut werden, so könnte er sich dank seiner Verbindung mit dem jugoslawischen Suscha' in kurzer Zeit sehr leicht und mit guten Aussichten in einen Konkurrenzkampf mit Fiume einlassen. Dazu dürfte es jedoch sobald nicht kommen. Die Gegensätze zwischen Jugoslawien und Italien sind auch in dieser Frage so groß, daß es zwischen beiden Staaten zu einer endgültigen Verständigung im Rahmen der heutigen Gesellschaft nicht kommen wird.

Wirtschaft

Die Ruhrfrage und die Aussichten der europäischen Stahlindustrie.

Von J. T. Walton Newbold (London).

** Der Zusammenbruch der Lanarkshire Stahlwerke erregte vor einiger Zeit in der englischen Finanzwelt Aufsehen. Die Aktien der Lanarkshirer Werke gehören in ihrer Mehrheit der Firma Kleinwort, Sons u. Co. Dieses Londoner Bankhaus kauft und verkauft fremde Währung. Kleinwort, Sons u. Co. sind auch die Londoner Agenten der Deutschen Reichsbank und an Krupp stark interessiert. Es besteht also die Wahrscheinlichkeit, daß die Schwierigkeiten der Lanarkshire-Gruppe im Zusammenhang mit dem katastrophalen Zusammenbruch der deutschen Währung stehen. Was würde das bedeuten? Es würde bedeuten, daß die britische Kapitalsgruppe an die von ihr abhängigen deutschen Firmen Kohle und andere Rohstoffe geliefert hatte. Die Deutschen versprachen, später zu zahlen, und zwar in Pfund Sterling. Sie sind nun aber nicht imstande, bei der Entwertung der Mark sich die nötigen Pfunde Sterling zu kaufen, und so können sie ihre Schuld an die englischen Gläubiger nicht begleichen.

Während des Krieges hatte der Bedarf der Kriegsindustrie in allen kriegführenden Ländern, in England, Frankreich, Belgien, Deutschland usw., eine riesenhafte Ausdehnung der Stahlwerke zur Folge. Als der Krieg zu Ende war, sahen die Besitzer dieser neuen Anlagen nicht ein, daß diese Werke totes Kapital geworden waren, sondern sie gaben noch weiteres Geld aus, um ihre Betriebe zu erweitern. Die Finanzleute machten ihre Gelder flüssig und gaben sie hin, damit neue Werften usw. gebaut wurden und damit Dinge erzeugt wurden, die die Welt einfach nicht kaufen kann.

Ich habe kürzlich das Industriegebiet in Nord- und Ostfrankreich besucht, darunter vor allem das Gebiet von Briey. Es ist ohne Zweifel das reichste Eisenerzfeld in Europa. Man schätzt die dortigen Lager auf 2 Milliarden Tonnen Eisenerz. Es gibt dort 140 gewaltige Hochöfen. Wie mir mitgeteilt wurde, waren damals nur 54 Hochöfen in Betrieb. Das ist immerhin schon eine höhere Ziffer, als in der Zeit, da das Ruhrgebiet gar keinen Koks lieferte. Auch vor der Ruhrbesetzung war die Lage der lothringischen Stahlindustrie recht schlecht. Viele der Werke lagen still, und die Gesellschaften und ihre Bankgläubiger waren in einer sehr schwierigen Lage. Wenn nun die Ruhrbesetzung zu einem Ergebnis führt, wenn die Deutschen endgültig kapitulieren oder die Franzosen etwas nachgeben, dann werden gewaltige Mengen Kohle, Eisen und Stahl, die bei Hungerlöhnen produziert wurden, für den Export bereit stehen. Für die britischen Stahlwerke bedeutet das eine Katastrophe. Die Stahlwerke in Lothringen sind in jeder Beziehung leistungsfähiger, und sie können billiger produzieren als die Betriebe in Lanarkshire und anderen Industriegebieten Groß-Britanniens. Aber auf der anderen Seite stehen die Lothringer Werke in bezug auf Maschinerie und Billigkeit der Arbeitskraft hinter den Ruhrwerken zurück. Wenn also die Ruhrwerke wieder in Gang kommen und unter die Kontrolle sei es eines französisch-belgischen oder eines französisch-belgisch-deutschen oder französisch-belgisch-englisch-deutschen Syndikats geraten, so werden die Werke, die technisch rückständig sind, stillgelegt. Der Zusammenbruch, der mit den Lanarkshire-Werken begonnen hat, wird sich auf die weiteren britischen Konzerne erstrecken. Dabei ist es gleichgültig, ob die Produktion der Ruhrwerke auf Konto der Reparation verkauft wird oder im Interesse eines internationalen Syndikats. Es kommt nicht darauf an, ob die Ruhrprodukte nach Frankreich, England, Rußland oder anders wohin gehen. Das Ergebnis wird immer das gleiche sein. Es wird dadurch der britischen Kohle, dem britischen Eisen und dem britischen Stahl der Markt genommen werden.

Was die Firma Kleinwort an Lanarkshire-Aktien verloren hat und was Lloyds Bank durch ihre Beteiligung an der britischen Schwerindustrie verliert, können diese Großkapitalisten durch Beteiligung bei Stinnes und bei den anderen Ruhrwerken wieder einbringen. Die englischen Großkapitalisten, die Hornes und Baldwins, die Pirries und Ellermans können ihre Kapitalien anderswo anlegen, aber ihre Arbeiter sind nicht imstande, einen entsprechenden Tausch zu machen. Viele der brotlos gewordenen englischen Arbeiter werden dann auswandern. Aber auch die gute Konjunktur in den Vereinigten Staaten wird nicht lange dauern. Wenn einmal die deutsche Produktion hier normal wird, dann werden die deutschen Stahl- und Eisenwaren die Märkte überschwemmen, die bisher Amerika beherrschte, weil die deutschen Waren mit billigerer Arbeitskraft hergestellt werden. So befindet sich die ganze Welt vor der gleichen Krise!

Arbeiterbewegung

Der abgewürgte Streik der Bergarbeiter in Slowenien.

Von Anin.

** Am 17. September wurde in Slowenien der große Bergarbeiterstreik, der fast drei Monate gedauert hat, von der Regierung abgewürgt. An diesem Streik waren das große Braunkohlenrevier in Trifail und das Revier Gotschee mit insgesamt 6 Gruben und 9400 Bergleuten beteiligt. Der Streik war ein Verzweiflungsringen gegen Hungerlöhne. Die Bedeutung dieses Streiks kann man am besten dadurch ermessen, wenn man in Betracht zieht, daß die Trifailer Kohlengesellschaft das größte Unternehmen in Slowenien (und wahrscheinlich auch in ganz Jugoslawien) ist, und die Bergarbeiter dieser Reviere die kompakteste Arbeitermasse dieser Provinz sind. Diese Gesellschaft, die sich überwiegend aus französischem und österreichischem Kapital zusammensetzt, beschäftigt sich nicht nur mit Kohlengewinnung, sondern besitzt in demselben Revier auch Zementfabriken, Ziegelöfen und Kalkbrennereien. Die Trifailer Kohlengesellschaft führt im Industriellen-Verein das große Wort und übt einen entscheidenden Einfluß auf die Lohnhöhe in Slowenien überhaupt aus. Die Niederlage der Bergarbeiter ist also eine Niederlage der ganzen Arbeiterschaft Jugoslawiens.

Die Niederlage wurde durch verschiedene Gründe unvermeidlich, von denen jedoch einer als Hauptgrund zu betrachten ist: die unbedingte Hilfeleistung der Regierung der Gesellschaft gegenüber und ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die Streikenden.

Als größter Nachteil hat sich in diesem Streik der Umstand erwiesen, daß die Bergarbeiter nicht einheitlich und zu einem großen Teil überhaupt nicht organisiert sind. In diesen Revieren bestehen drei oder sogar vier Bergarbeiterorganisationen: 1. der Verband der Bergarbeiter (Zveza rudarskih delavcev), rot mit 3400 Mitgliedern, 2. die Union der Bergarbeiter, sozialpatriotisch, mit 200 Mitgliedern, 3. eine klerikale Organisation mit 1200 Mitgliedern und 4. eine sehr lose Organisation der nationalistischen Richtung. Die Zahl der Unorganisierten beträgt etwa 4200.

Diese große Zahl der unorganisierten Arbeiter ist hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen, daß in den Tagesbetrieben (Zementfabrik, Ziegeleien, Kalkbrennereien, Kohlenwäschereien usw.) eine große Menge unqualifizierter Arbeiter verwendet wird, die in den umliegenden Dörfern wohnt.

Die Lohnbewegung ging von dem roten Verbande der Bergarbeiter aus und wurde auch von ihm geleitet. Als die Roten an die übrigen Organisationen einen Aufruf zur Bildung einer Einheitsfront in dieser Lohnbewegung richteten, leisteten die Klerikalen und die Nationalisten dem Aufruf Folge und erklärten sich auch für die aufgestellten Forderungen. Die Sozialpatrioten verhielten sich jedoch sowohl diesem Aufruf als auch später der Streikbewegung gegenüber ganz passiv und unterschrieben die Forderungen nicht. Ja, in den letzten drei Wochen agitierten sie sogar offen für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Während die der klerikalen Organisation angehörenden Massen während der ganzen Zeit eine ziemlich gute Haltung bewahrten, beugte sich die Leitung bald vor der Regierung. Auch der klerikale Konsumverein versagte in den letzten Wochen den Kredit und verlangte durchweg Barzahlung. Diese Tatsache zeigte die Führer in ihrem wahren Charakter, denn selbst die privaten Kaufleute verlangen von den Bergarbeitern keine Barzahlung. Durch diese Dinge wurden zuerst die unqualifizierten Arbeiter wankend.

Zur Niederwerfung des Streiks bot die Regierung starke Gendarmerieabteilungen auf, deren Offiziere und Unteroffiziere ständige Gäste der Trifailer Kohlengesellschaft waren und nur deren Weisungen folgten. Der Druck, den die Regierung auf die Arbeiterschaft durch die Gendarmerie ausübte, führte von der 6. Woche ab ein Anwachsen der Zahl der Streikbrecher herbei. Um einen Vorwand zu haben, gegen die Vertrauensmänner vorzugehen, verursachte die Gesellschaft selbst in der Nacht vom 29. auf den 30. August eine Kesselexplosion, woraufhin 36 Vertrauensmänner verhaftet wurden. Trotzdem sie bis jetzt nicht angeklagt wurden, befinden sie sich noch immer im Gefängnis. Alle Flugzettel und Aufrufe an die Streikenden, die sonst von der Staatsanwaltschaft erlaubt werden, wurden von der Gendarmerie sämtlich unterdrückt und die Kolporteure verhaftet.

Aber auch dies konnte die Streikenden nicht entmutigen. Das Rückgrat wurde dem Streik erst gebrochen, als die Gendarmerie alle Geldsammlungen beschlagnahmte, die Genossenschaft „Delavski Dom“ besetzte und alle roten Organisationen auflöste. Außer den 36 Vertrauensmännern wurden noch weitere 17 Genossen verhaftet, darunter 4 Frauen.

Am 15. September arbeiteten im Hauptrevier Trifail schon 70 Proz. der Belegschaften, und so mußte der Streik abgebrochen werden. Die Resolution, die die roten Arbeiter bei dieser Gelegenheit angenommen haben, lautet u. a.:

„Wir erklären, daß wir mit Rücksicht auf den unerhörten Terror seitens der Regierung und der Trifailer Kohlengesellschaft den Streik abzubrechen gezwungen sind, daß wir aber von unseren Forderungen nicht abgehen können und daß wir auch weiterhin dafür kämpfen werden. Den Bergarbeitern wird zur Pflicht gemacht, sich auf die künftige Aktion für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bergarbeiter aufs intensivste vorzubereiten.“

Der furchtbarste Schlag, den die Bergarbeiter bei dieser Niederlage erlitten haben, besteht darin, daß über 500 Bergarbeiter entlassen wurden, worunter sich selbstverständlich alle Vertrauensmänner und der Kern der roten Organisation befinden.

Unterstützt die japanischen Gewerkschaften!

Aufruf der japanischen Arbeiter an das internationale Proletariat.

** Infolge des Erdbebens sind Tokio, Yokohama und andere Städte des östlichen Japans zerstört worden. Die Unterstützung der Notleidenden geschieht in durchaus unbefriedigender Weise. Tokio, Yokohama sowie das Gebiet von Osaka und Kobe sind die Hauptindustriezentren Japans. Von den zwei Millionen Industriearbeitern Japans leben etwa 400 000 im Gebiet Tokio-Yokohama und 500 000 im Gebiet Osaka-Kobe. Infolge der Erdbeben-Zerstörungen in den angegebenen Gebieten ist eine große Zahl von Arbeitern erwerbslos.

Auf der anderen Seite werden viele Arbeiter für den Wiederaufbau verwendet. Aber man versucht, alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von der Wiederaufbautätigkeit auszuschließen. Gegenwärtig besteht die Gefahr, daß die japanische Gewerkschaftsbewegung, die in mühevoller Arbeit während vieler Jahre geschaffen wurde, durch die Handlungsweise der japanischen Regierung zerstört wird. Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, um die japanischen Gewerkschaften zu schützen. Wir bemühen uns, die Kollegen in den Erdbebengebieten in den Stand zu setzen, die verwüsteten Gebiete zu verlassen, und wir wollen den wohnungs- und erwerbslosen Genossen die nötigsten Lebensmittel zur Verfügung stellen. Wir wollen auch den Erwerbslosen Arbeit verschaffen. Aber die Not ist groß, und die zur Verfügung stehenden Mittel sind gering. Die Jugend der japanischen Gewerkschaftsbewegung und die rücksichtslosen Unterdrückungsmaßregeln der Regierung haben es bisher verhindert, daß die japanischen Gewerkschaften größere Geldreserven ansammeln konnten. Nun tut die japanische Regierung alles mögliche, um uns an Geldsammlungen im eigenen Lande zu hindern.

Wir sind deshalb genötigt, an Euch, die organisierten Arbeiter von Europa und Amerika, zu appellieren, um Eure finanzielle Hilfe in diesem kritischen Augenblick in Anspruch zu nehmen. Jede noch so geringe Hilfe, die wir von Euch erhalten, wird für uns der beste Beweis sein für die Solidarität der europäischen und amerikanischen mit den japanischen Gewerkschaften. Gleichzeitig betonen wir als Vertreter der organisierten Arbeiter Japans, daß die Hilfe von Eurer Seite uns die Möglichkeit geben wird, die Krise zu überstehen und Euch bei ähnlicher Gelegenheit Eure Hilfsbereitschaft entsprechend zu vergelten.

Buidzi Suzuki
Vorsitzender des Arbeiterhilfs-Komitees
des Japanischen Gewerkschaftsbundes.

Jugendbewegung

Lenin und die Jugend.

Von L. Kamenjew.

Der Kommunistische Jugendverband Rußlands gibt eine Sammlung von Artikeln und Reden des Genossen Lenin über die Jugend heraus. Das Vorwort des Genossen Kamenjew zu dieser Sammlung bringen wir nachstehend zum Abdruck. Die Redaktion.

** Wladimir Iljitsch hat sich nie besonders mit der Jugendbewegung beschäftigt. Jedoch konnte er natürlich weder in

seinen publizistischen Arbeiten, noch bei seinen politischen Berechnungen einen so wichtigen Faktor der heutigen Politik unberücksichtigt lassen, wie es die revolutionäre Jugendorganisation ist

Im alten Rußland, im Vorkriegsrußland, ist die Bewegung der proletarischen Jugend unmittelbar in der gesamtproletarischen Bewegung aufgegangen; sie hatte weder eine eigene Organisation, noch eigene Probleme. Dafür trat damals — insbesondere bis zum Jahre 1905 — die intellektuelle Jugend, oder genauer die Studentenschaft als eine besondere politische Kraft hervor. Die Rolle der aus mannigfaltigen Ständen hervorgegangenen Jugend in Rußland Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts war einer der krassesten Beweise der Rückständigkeit des Landes, der Primitivität seiner gesellschaftlichen Verhältnisse, der verhältnismäßigen Schwäche des Klassenkampfes. Dabei hat die Studentenschaft dieser Zeit ihrer Rolle im Kampfe gegen den Zarismus vortrefflich entsprochen; sie entsprach der Rolle der leichten Kavallerie, die den gemeinsamen Feind ständig in Unruhe hält; endlich war sie jenes Reservoir, aus dem die politischen Parteien die für sie notwendigen Hilfskräfte für „besondere Waffengattungen" (Propagandisten, Journalisten usw.) schöpften.

Fleisch vom Fleische, Blut vom Blute der russischen Intelligenz, machte die alte Studentenschaft mit dieser zusammen Flut und Ebbe der politischen Stimmungen durch, indem sie nach einer leidenschaftlichen Begeisterung für das Proletariat im Schoße der ideellen Verworrenheit und süßlichen Volksfreundschaft des antiproletarischen Sozialrevolutionärentums ihre Ruhe fand.

Als die breiten Massen des Proletariats auf dem historischen Schauplatz erschienen waren, und als der politische Kampf schärfere Konturen eines offenen Klassenkampfes annahm, entfernte sich die intellektuelle Jugend immer mehr von der Politik und verschwand endlich im Jahre 1905 vollkommen aus der politischen Arena. Gleichzeitig hörte auch jener „Kampf um die Jugend" auf, dessen Echo der Leser in den ersten Artikeln der vorliegenden Sammlung findet. Die Geschichte der russischen intellektuellen Jugend, die Geschichte jener „Studentenschaft", die eine Zeitlang als gleichbedeutend mit dem revolutionären Redner und Propagandisten galt, war zu Ende. Es begann die Geschichte der proletarischen Jugend.

*

Die Rolle und die Aufgaben der proletarischen Jugend wurden durch Wladimir Iljitsch in der Weise dargelegt, daß seine Worte nicht nur die Arbeiterjugend selbst erschöpfend charakterisieren, sondern auch gleichzeitig ihn, Wladimir Iljitsch selbst, als einen Kämpfer gegen den Kapitalismus und als einen Baumeister des Sozialismus kennzeichnen.

Der revolutionäre Student, mit dem Wladimir Iljitsch während der ersten Etappen der revolutionären Bewegung zu tun hatte, war für ihn ein Sprößling aus einer fremden Klasse, der zeitweise unser Verbündeter sein konnte; er war für ihn die Erscheinung einer vergangenen geschichtlichen Epoche. Die proletarische Jugend ist ein wirklicher Schöpfer der Geschichte, ein wirklicher Arbeiter an jener wahren Geschichte der Menschheit, von der Engels schreibt, daß sie erst nach dem Uebergang aus dem Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit beginnt. Aus den Worten, die Genosse Lenin an die Kommunistische Jugend in den letzten Jahren richtete, ist leicht zu ersehen, daß — als Genosse Lenin, getrennt von den Tagesarbeiten, sich mit den Fragen des Aufbaues der künftigen kommunistischen Gesellschaft beschäftigte — die Hauptrolle in seinen Gedanken (neben der neuen Technik), der neue Mensch, die neue junge Generation spielt, die von den Miasmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht angesteckt ist, die frei ist von der Pest des Sklaventums und der Erniedrigung, und die bereit ist zum Aufbau.

Wladimir Iljitsch ist kein Träumer, aber wenn er über etwas träumt, so ist das gerade diese neue Generation, die Arbeiterjugend, die das aufbauen wird, um dessentwillen die Alten zerstören mußten. Das ist der Grund, warum Wladimir Iljitsch so zäh die Arbeiterjugend zum Lernen, zum Wissen auffordert. Der Boden ist voll von Unrat, das Proletariat säubert ihn mit schwerer Mühe. Die Arbeiterjugend wird auf diesem gesäuberten Boden das neue Gebäude aufbauen müssen, das des freien Menschen würdig ist. Sie muß sich einen Vorrat an Kenntnissen sammeln, sie muß in sich den Willen und den Charakter für diese große Aufbauarbeit ausbilden. Das ist ungefähr der Sinn der Auffassung unseres alten Führers über die junge Generation der Proletarier.

Aber Genosse Lenin ist nichts weniger als ein Moralist. Er glaubt an nichts weniger als an die Kraft der Moralpredigten. Er glaubt vielmehr an die Kraft der Tatsachen, an jene Wissenschaft, die unter den Tönen der Hammerschläge und der Kanonenschüsse in die Köpfe eingeht. Bevor noch die junge Arbeitergeneration aufzubauen beginnt, muß sie noch die praktische Schule der Bürgerkriege absolvieren. Der Engelssche „Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit" besteht aus Jahren angestrengter, grausamer, schonungsloser Klassenkämpfe, aus unvermeidlichen Niederlagen und sicheren Siegen, in Jahren von Kriegen und Revolutionen.

Auf daß der jungen Generation die Möglichkeit des Aufbaues gegeben werden soll, auf daß sie lernen soll aufzubauen, auf daß sie, die die Welt verändert, auch sich verändern soll — darum muß sie sich schon heute den Kämpfenden einreihen.

So sind in den Worten Lenins, die er an die proletarische Jugend richtete, deren heutige Pflichten mit ihren morgigen Aufgaben verschmolzen.

Aus der Roten Sportinternationale

An alle KP.- und KJ.-Genossen in den Arbeiter-Turn-, Sport- und Kulturorganisationen.

** Die Arbeiterklasse leidet schwer unter den Schlägen des wirtschaftlichen Zusammenbruches in Deutschland. Dazu kommt, daß die Reaktion immer kühner ihr Haupt erhebt. Die Offensive auf den Achtstundentag, die Betriebsstillegungen sowie die Drecklöhne treiben immer stärker zur Verelendung. Gleichzeitig damit geht der politische Angriff der Reaktion auf das Proletariat. Die Regierung, als ein Teil der Reaktion, stellt sich schützend vor diese.

Die Tatsachen zwingen die Arbeiterklasse, alle verfügbaren Kräfte zusammenzuschweißen. Niemand kann und darf vom ernsten Kampf abseits stehen. Die Organisationstätigkeit muß in den Dienst des Kampfes der Proletarier gegen die Reaktion gestellt werden. Der Proletarier geht vor Entkräftung zugrunde. Seine Organisationen werden finanziell zerrüttet. Das ist Politik. Er muß dieser Politik seine Klassenpolitik entgegensetzen. Alle Organisationen müssen ihre Tätigkeit auf das eine Ziel — Sturz des kapitalistischen Systems — konzentrieren.

Keinen Arbeiter-Turner und -Sportler darf es in den Organisationen geben, der nicht weiß, daß er alle seine Kräfte in den Dienst der großen proletarischen Sache zu stellen hat. Was nützt ihm die Turnhalle und der Sportplatz, wenn er durch den Raub des Achtstundentages nicht mehr die Zeit findet, diese Plätze zu besuchen. Was nützen die Arbeiter-Turn- und -Sportorganisationen, wenn sie durch den Sieg der Reaktion zerschlagen und auseinandergetrieben werden. Die Stunde ist ernst! Wir rufen allen Genossen zu:

Klärt Eure Genossen in den Organisationen auf! Neutralität ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse! Kämpft aktiv gegen den Faschismus und Kapitalismus! Alle Macht in die Hände der Arbeiterklasse!

Die KP.- und KJ.-Genossen in den Arbeiter-Turn-, Sport- und Kulturorganisationen wenden sich an die Reichfraktionsleitung (RFL.) **Bruno Lieske, Berlin O 17, Stralauer Allee 25a.**

Die Reichsfraktionsleitung.

Weisser Schrecken

Die Hölle in Mazedonien.

Von K. N.

** Die amtliche und überhaupt die gesamte bürgerlich-nationalistische Presse Jugoslawiens veröffentlicht jeden Tag Meldungen aus Mazedonien über die Einfälle von bulgarischen Komitatschibanden und berichtet über die Verfolgung dieser Banden durch die Militär- und Gendarmeriebehörden, die die „Ordnung" in Mazedonien aufrecht erhalten sollen. Aber über die Dinge, die im Innern Mazedoniens vor sich gehen, über die dort herrschende „Ordnung" schweigt sich diese bezahlte Dienerin eines blutigen reaktionären Regimes völlig aus.

Seit dem ersten Tage der „Befreiung" des mazedonischen Gebietes regieren die Belgrader Machthaber mit dem System eines äußerst grausamen, ja barbarischen Terrors. Ein aus verkommenen Subjekten und Spitzeltypen zusammengesetzter Beamtenapparat unterdrückt die mazedonische Bevölkerung und plündert sie aus. Fortgesetzt ist das Leben der Mazedonier durch diese Gesellschaft bedroht. Dieses Schreckensregiment, im Zusammenhang mit der finanziellen Bürde, die zur Erhaltung der feudalen Zustände in Mazedonien auf der Bevölkerung lastet, hat die gesamte christliche und muselmanische Bevölkerung

gegen das Regime revolutioniert. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die nationale Bewegung mehr und mehr erstarkt. Der hierdurch ausgelösten nationalen Selbständigkeitsregungen glaubt man am besten wiederum durch die brutalsten Gewaltmaßnahmen Herr werden zu können.

Das gegenwärtig herrschende Regime in Mazedonien bedeutet nichts anderes, als daß die gesamte Bevölkerung — Männer, Frauen und Kinder — außerhalb des Gesetzes gestellt sind, und daß es jedem Vertreter dieses Regimes gestattet ist, über das Eigentum und Leben der Mazedonier nach Belieben verfügen zu können. An einigen Beispielen läßt sich am besten ermessen, mit welchen Mitteln die jugoslawische Regierung bestrebt ist, das mazedonische Volk für sich zu „gewinnen".

Die bürgerliche Presse berichtete kürzlich über die von Gendarmerie und Militär durchgeführte „Reinigung" der Gegend von Stromitza von Komitatschis. Dieser Reinigungsprozeß vollzog sich etwa folgendermaßen: Das Militär umzingelte die einzelnen Dörfer und ließ die Bauern zusammentreiben. Dann hielt ein Offizier eine Rede gegen die Komitatschis, worauf die Bauern auf freiem Platze ganz öffentlich verprügelt wurden. So wurden in dem Dorfe Monosvikowo 30 Bauern in der niederträchtigsten Weise geschlagen und zwei Tage ohne jede Nahrung gefangen gehalten. Während dieser Zeit feierten die Söldner im Dorfe wahre Orgien. Sie fraßen und soffen, was ihnen unter die Hände geriet. Hundert Ferkel, 30 Kälber und 66 Lämmer wurden in dieser Zeit abgeschlachtet. Aber damit noch nicht genug. Es wurde geplündert und selbst nicht einmal vor Vergewaltigungen der Frauen schrak man zurück, unter denen sich sogar eine Greisin von 60 Jahren befand. Selbst unter den Soldaten konnte man bemerken, daß einige von ihnen dem Treiben der Horde mit Abscheu gegenüberstanden. Dann wurden noch zwei Häuser in Brand gesetzt und 40 Bauern dieses Dorfes in das Gefängnis von Stromitza verschleppt. — In Swidowitza mißhandelte man in der gleichen Weise 30 Bauern. Der Vizebürgermeister wurde, nachdem er eine Anzahl Bajonettstiche erhalten hatte, unter einem Steinhaufen begraben, wo ihn seine Angehörigen später als Leiche hervorzogen. — Das Dorf Koleschin wurde völlig ausgeplündert; die Frauen wurden vergewaltigt. Während die Hälfte der Einwohnerschaft fortgeschleppt wurde, ist der Rest in die Wälder geflüchtet, so daß das Dorf jetzt vollkommen leer ist. — Das Dorf Drazdowo ist fast gänzlich eingeäschert worden. Eine Anzahl von Bauern wurde getötet, während die übrigen flüchteten.

Solche Beispiele ließen sich noch eine ganze Menge anführen. Herrscht doch das gleiche Schreckensregiment in den anderen Bezirken und Kreisen Mazedoniens ebenfalls. Ueberall prügelt man die Bauern, mißhandelt sie zu Tode, äschert ihre Wohnstätten ein und schreckt überhaupt vor keiner Schandtat zurück. Es ist allerdings erklärlich, daß die amtliche Presse Jugoslawiens diese Dinge ganz einfach totschweigt. Aber das Schreckensregiment, das die jugoslawische Regierung gegen die mazedonische Bevölkerung ausübt, soll der gesamten zivilisierten Welt nicht verschwiegen bleiben.

Aufrufe

An die werktätigen Massen der ganzen Welt!

Der Presse bereits im Sonderdruck zugestellt.

** Nach der vorläufigen Unterdrückung des bewaffneten Aufstandes des werktätigen Volkes in Bulgarien gegen die Militaristen- und Bankier-Clique, die die Macht in ihren Händen hält, war ein großer Teil der Revolutionäre, Arbeiter und Bauern, verfolgt von der blutdürstigen Rache der weißgardistischen Banden, gezwungen, in den Nachbarländern Zuflucht zu suchen.

In den Gebieten Jugoslawiens befinden sich bereits gegen tausend Flüchtlinge und ihre Zahl nimmt fortwährend zu. Eine größere Anzahl der Flüchtlinge ging auf das türkische und griechische Territorium über. Wahrscheinlich gelang es einigen, auch nach Rumänien und in einige weitere Länder zu gelangen. Die ins Ausland geflüchteten Revolutionäre, die sich nicht besiegt fühlen — denn die Sache des arbeitenden Volkes, zu deren Schutz sie zu den Waffen griffen, kann niemals besiegt werden — und die von dort der allgemeinen Sache dienen wollen, sind zwei großen Gefahren ausgesetzt, die jedem Freiheitskämpfer klar sind und zu deren Vermeidung sie auf die Hilfe ihrer Brüder, der Arbeiter und Bauern der übrigen Länder, in erster Reihe der benachbarten Balkanländer, rechnen. Die erste und größte Gefahr droht von der internationalen Solidarität der herrschenden Klassen. Wenn sich diese Auge in Auge gegenüber den aufständischen Massen befinden, dann verhöhnt die Bourgeoisie die Regeln des internationalen Rechtes, vergißt ihre hunderjährigen liberalen Traditionen und wird zum Helfershelfer der blutdürstigen Henker des Volkes. Droht nicht auch den bulgarischen Flüchtlingen im Ausland die fürchterliche Gefahr, den Händen ihrer Henker ausgeliefert zu werden?!

Es ist uns nicht bekannt, wie die bulgarischen Flüchtlinge in der Türkei und Griechenland aufgenommen werden.

Was die rumänische Regierung betrifft, wissen wir, daß sie vor den bulgarischen Revolutionären ihre Grenzen geschlossen hat. Wenn es aber trotzdem einigen Flüchtlingen gelungen ist, auf das rumänische Territorium zu gelangen, schweben sie dann nicht fortwährend in Lebensgefahr? Das sowohl durch die Gesetze als auch durch Tradition in allen zivilisierten Ländern sanktionierte Asylrecht kann den bulgarischen Revolutionären nur dann gewährleistet werden, **wenn sie von den werktätigen Massen der übrigen Länder unter ihren Schutz genommen werden.** Indem die bulgarischen Emigranten an sie **um brüderliche Unterstützung** nachdrücklichst appellieren, hoffen sie in dieser schweren Stunde die öffentliche Meinung, von den demokratischen und Arbeiterorganisationen vertreten, an ihrer Seite zu haben. Ihr Appell geht noch weiter: **die ganze zivilisierte Welt muß wissen, daß in Bulgarien eine weißgardistische und faschistische Regierung herrscht, die ihre Hände mit dem Blute unzähliger Opfer beschmutzt hat und die in ihrem Rachedurst ihre Gegner auch in den fremden Ländern nicht in Ruhe lassen wird.**

Diese Regierung ließ nach dem 9. Juni in meuchlerischer Weise Stambuliski und eine Reihe andere in den Kerkern gehaltene Bauernführer töten, sie erschlug bestialisch den kommunistischen Führer Kalatschew in Pleven und hatte nachher den Zynismus, seine Leiche zum Tode zu verurteilen. Sie entsandte gedungene Mörder ins Ausland, um die geflüchteten Bauernführer zu ermorden, von denen schon als Opfer der gewesene Minister Daskalow in Prag und der Abgeordnete Matow in Konstantinopel fielen. Nachdem die Regierung nach der Unterdrückung des Septemberaufstandes ein ungeheures Blutbad unter den tausenden Gefangenen und Verwundeten organisiert hat, nachdem sie an anderen Tausenden von Verhafteten unbeschreibliche Bestialitäten und Grausamkeiten verübt hatte und auch weiterhin verübt, entsendet sie neuerlich gedungene Mörder, um die ins Ausland geflüchtete kleine Anzahl von Führern der revolutionären Bewegung, Kommunisten und Bauernführer zu ermorden. Nach unseren positiven Informationen sind solche Mordgesellen aus Sofia schon abgereist.

Im Moment, wo gewisse Regierungen von ihren egoistischen, imperialistischen Zielen geleitet, der Zankow-Regierung ihre Unterstützung zukommen lassen, wo sie vor der blutigen Unterdrückung des werktätigen Bulgariens die Augen schließen, erwarten die Söhne Bulgariens, daß die Arbeiter- und Bauernmassen der ganzen Welt mächtig ihre Stimme des Protestes gegen das in Bulgarien herrschende blutige Regime erheben und seine offenen und geheimen Helfer moralisch und politisch isolieren werden.

Die bulgarischen Flüchtlinge haben aber auch unter den Schlägen des Elends zu leiden. Die geflüchteten Kämpfer, in ungeheurer Mehrheit Arbeiter und arme Bauern, befinden sich schon in großer Not. Bis es ihnen gelingt, Arbeit zu erlangen, was bei der herrschenden wirtschaftlichen Krise und Arbeitslosigkeit in allen Balkanländern sehr schwer ist, bedürfen sie auch der materiellen Hilfe ihrer ausländischen Brüder. Dieser bedürfen auch ihre Familien, Frauen und Kinder, die in Bulgarien ohne Existenzmittel zurückbleiben, umkreist vom Klassenhasse und unersättlichen Rachedurst der faschistischen Banden. Sie appellieren an eine rasche Hilfe und sind fest überzeugt, daß sie ihnen zuteil wird.

Den Sofiaer Jesuiten und Henkern, die in dem unglücklichen Lande Tod, Schrecken und Verwüstung säen und durch tausend Lügen und falsche Beschuldigungen die heldenhaften und aufopfernden Kämpfer für die Freiheit und den Wohlstand des Landes zu verleumden und ihre Führer durch ihre gedungenen Söldlinge auch physisch zu vernichten versuchen, werden die werktätigen Massen der ganzen Welt am besten die Antwort geben, indem sie die ins Ausland geflüchteten bulgarischen Revolutionäre **unter ihren politischen Schutz nehmen und ihnen und ihren Familien materielle Hilfe erweisen.**

Nisch, 5. Oktober 1923.

Wasil Kolarow. Georgi Dimitrow.

Buchbesprechung

„Das heutige Rußland 1917-1922."*)

Von G. G. L. Alexander.

** Als die russischen Emigranten 1917 Europa überfluteten, ertönte in aller Welt ihr Geschrei über das Zerstörungswerk der Revolution. Ein Argument mehr für alle Reaktionäre und Menschewisten in Deutschland, die Revolution des deutschen Proletariats abzuwürgen. Eines ihrer Argumente war auch dies, daß es vor dem Chaos der Revolution die deutsche Kultur zu retten gelte. Die Früchte dieses reaktionären Rettungswerkes sind jetzt reif geworden. Mit der Schieberrepublik hat die deutsche Wissenschaft abgewirtschaftet. Eingehen der wissenschaftlichen Zeitschriften, Absterben der wissenschaftlichen Forschung, Untergang der Kultur, Unmöglichkeit der Weiterführung der wissenschaftlichen Institute und Arbeiten, Proletarisierung, Verelendung der geistigen Arbeiter: in fünf Jahren ohne Kampf, ohne Widerstand gegen das Großkapital, das den Staat ausplünderte, ist es in Deutschland soweit gekommen.

Diese gleichen fünf Jahre bedeuteten für Rußland den zähen, blutigen, heldenhaften Kampf gegen die Konterrevolution, Kampf gegen Hunger und Kälte, zähe Abwehr und Ueberwindung der Blockade, und schließlich ein sich Durchsetzen auf der ganzen Linie.

Dieser Kampf der revolutionären Arbeiter und Bauern und ihrer Regierung war es, dessen Fanfaren in der Welt gehört, dessen Getümmel gesehen wurden. Aber nur sehr unvollständig und spärlich kamen Berichte über den Stand der Kulturarbeit in Sowjetrußland. Daß alle Kräfte heldenhaft und intensiv in einen allgemeinen Arbeitsplan geteilt wurden, daß überall in Industrie und Wissenschaft Wiederaufbau die Losung war, und daß diese Losung in jeder Atempause des Kampfes verwirklicht wurde, das war allgemein bekannt. Aber es fehlte alles systematische Material, das einen Begriff von der Gesamtkulturarbeit hätte geben können.

Und doch wächst täglich das Interesse, mit dem alle Welt jetzt nach Rußland blickt. Ex oriente lux! Aus dem Osten kommt das Licht! Diese Ueberzeugung bricht sich nunmehr in immer weiteren Kreisen Bahn. Für alle, deren Augen nach dieser Quelle neuen Lichts gerichtet sind, wird dieses Buch ein wahrer Schatz sein, eine Quelle der Gewißheit, daß die siegreiche Revolution dort in Rußland den Weg bereitet hat für den Aufstieg eines an unverbrauchten Naturschätzen und Menschenkräften unermeßlich reichen Gebietes.

Im Vorwort heißt es:

„Dieses Werk soll von der unermüdlich heroischen Arbeit zeugen, die in den Laboratorien und Instituten, den Bibliotheken und Museen, Schulen und Theatern, Werkstätten der russischen Republik von Forschern und Fachmännern geleistet wurde, während das ganze Land in furchtbaren Kämpfen lag.

In diesem Buche findet man kein lautes Wort, keine Geste — es ist eine Sammlung von Arbeitsberichten, eine Sammlung von Tatsachen, Materialien, Forschungsergebnissen; es sprechen nur solche Männer, die die ganze revolutionäre Epoche in Rußland auf ihrem Posten blieben und neue Werte schufen. Sie haben nicht nur mühsam Kulturschätze der Vergangenheit bewahrt. Die russische Revolution bedeutet nicht nur Zerstörung einer todverfallenen Welt, sie bedeutet Aufbau. Und inmitten dieser Auflösung, während der Wiedergeburt haben diese Männer mit einer unendlich bewundernswerten, unerschütterlichen Standhaftigkeit neuen, fruchtbaren Ideen sichtbaren Ausdruck verliehen — trotz Hunger, trotz Kälte, trotz Blockade, trotz Mangel an Material. Dieses Buch ist ein Denkmal menschlichen Leidens, menschlicher Schaffenskraft.

Fast gleichzeitig tauchte die Idee dieses Buches in russischen und deutschen Kreisen auf. Der deutsche Schriftsteller Dr. Kurt Kersten, der russische Schriftsteller Michael Kritschewski, der eine Zeitlang in Deutschland gelebt hat, fanden in dem Verlag L. D. Frenkel Förderung ihrer Absichten. Die Verfasser der Aufsätze über die wirtschaftlichen und kulturellen Ergebnisse der fünf Revolutionsjahre sollten nur solche Persönlichkeiten sein, die ihrer Vergangenheit und ihrer heutigen Stellung nach autoritatives Ansehen genießen, denen man volles Vertrauen, höchste Aufmerksamkeit entgegenbringen muß, die an leitender Stelle schöpferisch tätig waren und über exakte wissenschaftliche Daten, Materialien verfügen."

Der erste Teil gibt Aufschluß über ökonomische, industrielle und landwirtschaftliche Gebiete, und über die neuen Rechtsformen. Von besonderem Interesse sind die Aufsätze über Elektrifizierung, Geldumlauf, Erforschung der Bodenschätze. Der zweite Teil hat kulturpolitischen Inhalt. Zum ersten Mal erhalten wir einen ausführlichen Bericht über die russische Kunst von 1917 bis 1922 und eine Skizze der russischen Literatur während der Revolutionszeit von Lunatscharski. Ueber „Das revolutionäre Theater" schreibt W. Scherscheniewitsch. Drei Aufsätze behandeln Fragen der Erziehung und des Schulwesens und geben einen Einblick in die ernste Arbeit, mit der Sowjetrußland jetzt gerade auf diesem Gebiete alle anderen Länder weit überholt hat.

Drei Aufsätze berichten über den Stand der wissenschaftlichen Forschung auf allen Gebieten und über die Tätigkeit der Akademie der Wissenschaft. Ein dritter Teil gibt eine instruktive Uebersicht über die Trusts und Genossenschaftsverbände, die allen auf diesem Gebiete Arbeitenden und Interessierten reiches Material und Anregungen gibt.

Dieses Buch als Sammlung von zuverlässigen Berichten aus allen Arbeitsgebieten ist ganz dafür geschaffen, die Märchen, die noch immer über den Verfall der Kultur in Sowjetrußland verbreitet werden, zu zerstreuen, denn hier wird von Erfolgen und Mißständen mit gleicher Sachlichkeit berichtet.

*) „Das heutige Rußland 1917—1922." Wirtschaft und Kultur in der Darstellung russischer Forscher. L. D. Frenkel-Verlag, Berlin.

Richtigstellung zu dem Artikel: „Zu dem bewaffneten Aufstand in Bulgarien" von Berlow.

In dem unter obigem Titel erschienenen Artikel in der Nummer 159 der „Inprekorr" haben sich ohne Verschulden der Redaktion einige irrtümliche Angaben eingeschlichen. Durch den „Offenen Brief" des Genossen Kolarow an die Arbeiter und Bauern Bulgariens und den Artikel „Der Sinn der Ereignisse in Bulgarien" von Sinowjew (beides in Nr. 161 der „Inprekorr") sowie ferner durch den in der vorliegenden Ausgabe enthaltenen Aufruf „An die werktätigen Massen der ganzen Welt" wird eine ausführliche und richtige Darstellung der Ereignisse in Bulgarien und der Rolle der Kommunistischen Partei Bulgariens gegeben.

Redaktion der „Inprekorr".

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.